

Niederschrift

über die 6. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung am Dienstag, dem 31.05.2022 im Biologischen Zentrum Kreis Coesfeld, Rohrkamp 29, 59348 Lüdinghausen.

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:57 Uhr

Anwesenheit:

CDU-Kreistagsfraktion

Allendorf, Julian, Dr.
Bolte, Rainer
Bontrup, Martin
Danielczyk, Ralf
Gochermann, Josef, Prof. Dr. (**Vertretung für Herrn Gregor Bender**)
Holz, Anton
Klaus, Markus
Leufgen, Anke
Schulze Eskin, Werner
Selhorst, Angelika
Wenning, Thomas, Dr.

SPD-Kreistagsfraktion

Kiekebusch, Heiner (**Vertretung für Herrn Manfred Kunstlewe**)
Knuhr, Willi
Peletz, Simon (**Vertretung für Herrn Ludger Mensmann**)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Dropmann, Wolfgang
Mannwald, Richard
Möllenkamp, Rainer, Dr.
Schreiber, Tim

FDP-Kreistagsfraktion

Schäfer, Sabine (**Vertretung für Frau Ulrike Holters**)

UWG-Kreistagsfraktion

Hageney, Thomas

FAMILIE-Kreistagsfraktion

Kullik, Angela

Verwaltung

Bölte, Stefan
Claas, Daniel
Entrup, Mathis
Helmich, Ulrich
Hoffmann, Stephan
Pöpping, Lena (**Schriftführerin**)
Reuwener, Patrick
Witte, Pia

Gäste

Brocksieper, Rolf, Dr.
Papke, Irmtraud, Dr.

Der Ausschussvorsitzende Dr. Thomas Wenning eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Neufassung des Taxentarifes für den Kreis Coesfeld
Vorlage: SV-10-0560
- 2 Bericht über das Betriebsjahr 2021 der kostenrechnenden Einrichtung Rettungsdienst
Vorlage: SV-10-0568
- 3 Sachstand zum bundesweiten Standortauswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle
Vorlage: SV-10-0570
- 4 FFH-Gebiet Borkenberge - Projekt "Westfalens Wilder Westen": Aktueller Sachstand
Vorlage: SV-10-0561
- 5 Bericht über das Betriebsjahr 2021 der kostenrechnenden Einrichtung Abfallwirtschaft
Vorlage: SV-10-0557
- 6 Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Kreises Coesfeld
Vorlage: SV-10-0554
- 7 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Übertragung der Aufgaben Sammlung und Transport von Textilabfällen im Kreis Coesfeld
Vorlage: SV-10-0525
- 8 Berichterstattung zur Errichtung und zum Betrieb einer Deponie der Klasse 0 im Landschaftsschutzgebiet "Parklandschaft um Buldern"
Vorlage: SV-10-0564
- 9 Personalbedarf Abt. 70 - Umwelt, Fachdienst 70.1
Vorlage: SV-10-0558
- 10 Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz; Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.05.2022

Vorlage: SV-10-0586

- 11 Entwicklung eines "Zero-Waste"-Konzeptes; Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.05.2022
Vorlage: SV-10-0589
- 12 Workspace für Kunststoff-Recycling Projekte; Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.05.2022
Vorlage: SV-10-0588
- 13 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 14 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

Öffentlicher Teil

Im nichtöffentlichen Teil erfolgten keine Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrats. Zudem gab es keine Anfragen der Ausschussmitglieder im nichtöffentlichen Teil.

Der Vorsitzende des Trägervereins Biologisches Zentrum Kreis Coesfeld e. V. Herr Dr. Brocksieper begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und die Presse im Biologischen Zentrum in Lüdinghausen. Herr Dr. Brocksieper berichtet, dass der Vorstand des Trägervereins Biologisches Zentrum Kreis Coesfeld e. V. den WegWeiser-Preis des Fördervereins NRW-Stiftung im Jahr 2020 erhalten habe. Hierdurch könne ein Großteil der Busanfahrten aus dem Nordkreis zum Biologischen Zentrum gefördert werden. Die Corona-Pandemie habe das Biologische Zentrum stark getroffen. Es sei ein Verlust von ca. 70.000 € entstanden. Herr Dr. Brocksieper bedankt sich für die zusätzliche finanzielle Unterstützung in den letzten zwei Jahren. Nunmehr sei zu merken, dass Schulen und Kitas die Angebote des Biologischen Zentrum wieder nutzten. Frau Dr. Papke, Leiterin des Biologischen Zentrums, werde Ende des Jahres in den Ruhestand treten, dies bedeute einen großen Einschnitt im täglichen Betrieb. Glücklicherweise sei die Stelle bereits zum 01.07.2022 neu besetzt worden. Künftig sei geplant, die Arbeitsabläufe zu digitalisieren. Das Biologische Zentrum sei mit unterschiedlichen Aufgaben, z. B. der Bildung für nachhaltige Entwicklung, betraut. Aufgrund der verschiedenen Aufgaben wüchsen die Anforderungen an das Biologische Zentrum erheblich. Gleichzeitig führten die personellen Kapazitäten zu Engpässen. Es sei auch schwierig, freiwillige Helfer zu akquirieren. Mittelfristig ergebe sich die Frage, wie eine personelle Aufstockung finanziert werden könnte. Herr Dr. Brocksieper hofft hierbei auf die Unterstützung des Ausschusses.

Vorsitzender Dr. Wenning sichert Herrn Dr. Brocksieper die Unterstützung des Ausschusses zu und betont, dass der Stellenwert des Biologischen Zentrums in der Entwicklung des Kreises Coesfeld zunehme. Weiterhin bedauert er den Abschied von Frau Dr. Papke und wünscht ihr für den Ruhestand alles Gute.

Ktabg. Schreiber teilt mit, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag auf Entwicklung eines „Zero-Waste“-Konzeptes vom 17.05.2022 zurückziehe.

TOP 1 öffentlicher Teil

SV-10-0560

Neufassung des Taxentarifes für den Kreis Coesfeld

Dezernent Helmich erläutert, dass der Antrag auf Anpassung der Beförderungsentgelte von Seiten der Taxenunternehmer nachvollziehbar sei. In Abstimmung mit den Münsterlandkreisen werde vorgeschlagen, die angedachten Tariferhöhungen von jeweils ca. 7,5 % zu einer Tariferhöhung von ca. 15 % zum 01.10.2022 zusammenzulegen. Dies stelle zwar durchaus einen spürbaren Anstieg für die Verbraucherinnen und Verbraucher dar. Die Kraftstoffkostensteigerung sowie die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 € zum 01.10.2022 müssten jedoch berücksichtigt werden.

Ktabg. Prof. Dr. Gochermann kritisiert, dass es sehr schwer sei, überhaupt ein Taxi zu bekommen. Teilweise seien ganze Tageszeiten durch Krankenfahrten (z. B. Dialysefahrten) blockiert. Weiterhin gebe es an vielen Bahnhöfen im Kreis Coesfeld keine Informationen für Verbraucherinnen und Verbraucher. In anderen Ländern sei der digitale Faktor selbstverständlicher. Ktabg. Prof. Dr. Gochermann betont, dass das Taxi-Geschäft zu modernisieren sei.

Vorsitzender Dr. Wenning teilt mit, dass hierauf der Kreis Coesfeld keinen Einfluss habe.

Dezernent Helmich führt aus, dass es sich bei ca. 65 % aller Fahrten um Krankenfahrten handle. Diese Tarife werden mit den Krankenkassen verhandelt und lägen etwas unter den Beförderungsentgelten für Taxifahrten. Es sei lediglich möglich, an die Taxiunternehmer zu appellieren, ihre Angebote zu

digitalisieren. Es sei zu berücksichtigen, dass im ländlichen Raum nicht 20 Taxen am Bahnhof warten könnten wie in Münster. Weiterhin sei die Mitarbeitergewinnung problematisch.

Sodann lässt der Vorsitzende Dr. Wenning über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der als Anlage 1 beigefügte Entwurf der Neufassung der Rechtsverordnung über die Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen (Taxentarif) für den Kreis Coesfeld (Inkrafttreten: 01.10.2022) wird beschlossen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen (19 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 2 öffentlicher Teil

SV-10-0568

Bericht über das Betriebsjahr 2021 der kostenrechnenden Einrichtung Rettungsdienst

Vorsitzender Dr. Wenning teilt mit, dass bei 88,5 % der Einsätze die Hilfsfrist von 12 Minuten eingehalten worden sei. Anstatt der ursprünglich geplanten Entnahme aus der Gebührenaussgleichsrücklage i. H. v. 800.000 €, werde der Gebührenaussgleichsrücklage ein Betrag von 2.826.100,63 € zugeführt.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

TOP 3 öffentlicher Teil

SV-10-0570

Sachstand zum bundesweiten Standortauswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle

MA Entrup berichtet, dass die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) anhand vieler kleiner Schritte eine Erforschung der Teilgebiete durchführe. Es erfolgten jedoch keinerlei Untersuchungen, weder unter noch über Tage. Die Auswahl erfolge aufgrund der vorliegenden Daten. Darüber hinaus teilt MA Entrup mit, dass es weiterhin wichtig sei, dass das Verfahren öffentlich begleitet werde, so dass Politik und Bürgerinnen und Bürger umfassend und regelmäßig informiert würden. Die BGE werde mindestens einmal im Jahr über den Sachstand ihrer Arbeit informieren. Positiv sei, dass keine Hinweise vorlägen, dass der Kreis Coesfeld besonders gut geeignet sei.

S. B. Dr. Möllenkamp führt aus, dass er an dem Forum Teilgebiete teilgenommen habe. Er könne eine gute Transparenz feststellen. Es sei sehr schwierig, ein Endlager für eine Millionen Jahre zu finden. Im Rahmen des Forums sei deutlich geworden, dass sobald ein Landkreis als ungeeignet eingestuft werde, dieser hierüber durch die BGE informiert werde.

MA Entrup merkt an, dass die BGE lediglich einen Vorschlag erarbeite. Die Entscheidung trafen der Bundestag und Bundesrat. Mit Blick auf die Komplexität des Verfahrens rechne MA Entrup mit keiner verbindlichen Festlegung der Standortregion vor der Bundestagswahl im Herbst 2025.

TOP 4 öffentlicher Teil

SV-10-0561

FFH-Gebiet Borkenberge - Projekt "Westfalens Wilder Westen": Aktueller Sachstand

Vorsitzender Dr. Wenning teilt mit, dass sich seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung am 15.03.2022 nicht viele neue Entwicklungen ergeben haben.

MA Steinhoff erläutert, dass das Gespräch mit der Regierungspräsidentin Frau Feller mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) sowie den Bio-Stationen Coesfeld, Recklinghausen und Borken durchgeführt worden sei. Es sei keine Entscheidung getroffen worden. Dies sei jedoch auf dieser Ebene auch nicht angedacht gewesen. Regierungspräsidentin Frau Feller wolle eine Kofinanzierung unterstützen. Am 15.03.2022 habe ein Informationstermin mit zehn Landwirten aus dem Umfeld stattgefunden, welche bereits in den letzten Jahren Interesse an einem Beweidungskonzept bekundet hatten. Die DBU werte die eingereichten Fragebögen noch aus.

Weiterhin teilt MA Steinhoff mit, dass es zu einem erneuten Zwischenfall bei illegalen Motorcrossfahrten gekommen sei. Glücklicherweise sei niemand verletzt worden. Es werde versucht, gemeinsam mit der Polizei eine Lösung zu finden. Ein Vertragsvorschlag zur Kofinanzierung einer gemeinsamen Rangerstelle werde aktuell beim Landesbetrieb Wald und Holz geprüft. Der zuständige Mitarbeiter habe jedoch erst vor kurzem die Stelle übernommen, sodass eine finale Vertragsgestaltung noch etwas dauern könne. Ziel sei es, die Rangerstelle noch im Jahr 2022 einzurichten.

Ktabg. Holz teilt mit, dass die CDU-Kreistagsfraktion die Neubesetzung der Rangerstelle befürworte. Er kritisiert, dass die DBU als Eigentümerin der Fläche nicht zur Sicherung beitrage. Weiterhin seien nicht alle Hauptbeteiligten zum Runden Tisch eingeladen worden. Die Schäden durch Quad-Fahrer sowie die Vernachlässigung der Heideflächen führten zu einer Verschlechterung des FFH-Gebietes, was gegen das Verschlechterungsverbot für FFH-Gebiete verstoße.

Auf Nachfrage von Ktabg. Schäfer erklärt MA Steinhoff den Unterschied zwischen einem Förster und einem Ranger. Ein Förster besitze einen Hochschulabschluss und sei lediglich im Wald tätig. Im Gegensatz sei ein Ranger zwar naturkundlich bewandert, verfüge aber über keinen entsprechenden Hochschulabschluss und könne im Wald sowie im offenen Land eingesetzt werden. Die Ranger sollten nicht nur für Borkenberge, sondern auch für die Baumberge verantwortlich sein.

Ktabg. Kiekebusch erkundigt sich, wie die Ranger illegale Motorcross-Fahrer aufhalten könnten. Bereits englische Soldaten hätten versucht, Motorcross-Fahrer zu stoppen. Dies habe nicht funktioniert. Er fragt an, ob sich die Heideflächen ohne menschlichen Einfluss besser entwickeln könnten.

Vorsitzender Dr. Wenning erläutert, dass die Ranger keine polizeilichen Befugnisse hätten. Dies sei zwar ungünstig, aber eine bessere Lösung gebe es nicht. Ohne ein Eingreifen würde die Heide verschwinden.

Ktabg. Bontrup kritisiert, dass die DBU seit mehreren Jahren die Zuständigkeiten von sich weise und so ihren Verpflichtungen als Grundstückseigentümerin nicht nachkomme.

MA Steinhoff teilt mit, dass die Ranger alleine das Problem nicht lösen könnten. Die Bündelung von Maßnahmen, wie die Einstellung von Rangern und das Großbeweidungsprojekt, stelle eine gute Lösung dar.

Ktabg. Schäfer merkt an, dass die bisherigen Maßnahmen die Motorcross-Fahrer nicht davon abgehalten hätten, illegal durch das Gelände zu fahren.

Ktabg. Holz erwidert, dass durch die Abstimmung zwischen der Polizei, dem Forstamt und dem Naturschutzzentrum eine Menge erreicht worden sei. Immerhin werde das Gebiet nicht mehr im Internet als Motorcrossgebiet beworben. Es könne jedoch nicht sein, dass der Kreis Coesfeld die Probleme der DBU löse. Als Grundstückseigentümerin sei diese verpflichtet, dem Verschlechterungsverbot entgegenzuwirken. Diese Äußerung wird von Ktabg. Prof. Dr. Gochermann verstärkt und erklärt, dass die Bundestags- und Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Coesfeld einzubinden seien.

TOP 5 öffentlicher Teil

SV-10-0557

Bericht über das Betriebsjahr 2021 der kostenrechnenden Einrichtung Abfallwirtschaft

Ktabg. Kullik erkundigt sich, ob die eingesammelten Leichtverpackungen aus dem Kreis Coesfeld in Deutschland entsorgt würden.

MA Bölte erklärt, dass durch die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger keine Mengenkontrollen durchgeführt würden. Die Stoffströme im Kreis Coesfeld seien aber bekannt. Die Entsorgung führe die Fa. Remondis durch, welche die Abfälle zu einer Großsortierungsanlage in Bochum verbringe. Für die Verwertung und Entsorgung von mineralischen Abfällen aus Gewerbebetrieben sei der Kreis Coesfeld nicht zuständig.

Ktabg. Bontrup fragt an, ob Anhaltspunkte vorlägen, dass sekundäre Rohstoffe wieder wertvoller seien.

MA Bölte erläutert, dass die Verschiebung der Mengen in der laufenden Periode noch nicht absehbar sei. Im Jahr 2021 habe es eine extrem dynamische Entwicklung der Wertstoffpreise gegeben. Die Erlöse für Altpapier lägen im Jahr 2021 im Vergleich zum Jahr 2020 um das Fünffache höher.

TOP 6 öffentlicher Teil

SV-10-0554

Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Kreises Coesfeld

Vorsitzender Dr. Wenning teilt mit, dass die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes im September verabschiedet werde. Die Politik könne die Zeit bis dahin für Anmerkungen nutzen. MA Bölte ergänzt, dass die Städte und Gemeinden parallel beteiligt worden seien.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

TOP 7 öffentlicher Teil

SV-10-0525

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Übertragung der Aufgaben Sammlung und Transport von Textilabfällen im Kreis Coesfeld

Vorsitzender Dr. Wenning begrüßt die kreisweite Zusammenarbeit im Bereich Sammlung und Transport von Textilabfällen.

Auf Nachfrage von Ktabg. Schulze Esking bestätigt Dezernent Helmich, dass gemeinnützige Sammlungen, z. B. durch die Kolpingsfamilien, weiterhin stattfinden könnten.

MA Bölte erklärt, dass die Altkleidersammlungen durch die Kolpingsfamilien weiterhin wichtig seien, da dadurch Kleidungsstücke weiter genutzt würden. Ziel der Sammlung an den Wertstoffhöfen sei die stoffliche Verwertung von Gardinen, Bettwäsche, Stoffreste, Handtücher etc.

Sodann lässt der Vorsitzende Dr. Wenning über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Dem Abschluss der in der Anlage beiliegenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Coesfeld und den Städten und Gemeinden Ascheberg, Billerbeck, Coesfeld, Dülmen, Havixbeck, Lüdinghausen, Nordkirchen, Nottuln, Olfen, Rosendahl und Senden über die Delegation von Aufgaben im Bereich der Sammlung und des Transportes von Textilabfällen, die im Rahmen des kommunalen Anschluss- und Benutzungszwanges anfallen, wird zugestimmt.
2. Dem Abschluss des in der Anlage beiliegenden Durchführungsvertrages zwischen dem Kreis Coesfeld und den Wirtschaftsbetrieben Kreis Coesfeld GmbH(WBC) zur Umsetzung der Aufgaben im Bereich der Sammlung und des Transportes von Textilabfällen, die im Rahmen des kommunalen Anschluss- und Benutzungszwanges anfallen, wird zugestimmt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen (21 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 8 öffentlicher Teil

SV-10-0564

Berichterstattung zur Errichtung und zum Betrieb einer Deponie der Klasse 0 im Landschaftsschutzgebiet "Parklandschaft um Buldern"

Dezernent Helmich teilt mit, dass am 18.05.2022 ein Erörterungstermin mit der Antragstellerin sowie den Einwendern stattgefunden habe. In einem konstruktiven Umgang seien viele Anfragen gestellt und erklärt worden. Die Verwaltung wiege nun die Einwendungen ab. Es sei noch offen, wann eine Entscheidung getroffen werde. Weiterhin sei offen, ob Rechtsmittel gegen die Entscheidung eingelegt würden. Es sei weiterhin wichtig, mit den Beteiligten einen Austausch zu führen und auf Nachfragen zu reagieren. Dezernent Helmich betont, dass es sich um ein reines Verwaltungsverfahren handele und keine politische Entscheidung darstelle.

Ktabg. Schulze Esking merkt an, dass die Errichtung und der Betrieb einer Deponie im Landschaftsschutzgebiet „Parklandschaft um Buldern“ aufgrund der Verbote im Landschaftsplan Buldern in der Politik bereits mehrfach diskutiert worden seien.

Dezernent Helmich erläutert, dass das Verwaltungsgericht Münster entschieden habe, dass die Verbote des Landschaftsplans „Buldern“ der Errichtung und dem Betrieb einer Deponie nicht entgegenstehen. Das aktuelle Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Münster sei ruhend gestellt. Sofern ein positiver Bescheid für die Errichtung und den Betrieb einer Deponie der Klasse 0 durch den Kreis Coesfeld erteilt werde, ziehe die Antragstellerin das Verfahren zurück.

Ktabg. Bontrup erklärt, dass im Gegensatz zum damaligen Verfahren (Deponie der Klasse I) das jetzige Vorhaben umfangreich der Interessengemeinschaft Naturschutz Rödder sowie dem Beirat der unteren Naturschutzbehörde vorgestellt worden sei.

TOP 9 öffentlicher Teil

SV-10-0558

Personalbedarf Abt. 70 - Umwelt, Fachdienst 70.1

Dezernent Helmich teilt mit, dass durch die Anfang Dezember 2021 in Kraft getretene TA Luft neue Aufgaben hinzukämen. Weiterhin werde mit einer deutlichen Steigerung der Antragszahlen zum Ausbau der erneuerbaren Energien gerechnet, da durch die Bundesregierung die Energiewende beschleunigt werden solle. Es sei daher bereits in diesem Jahr erforderlich, eine Person mit abgeschlossenem Ingenieurstudium einzustellen, um Überlastungen des vorhandenen Personals sowie einen Antragsstau zu vermeiden.

Ktabg. Schulze Esking äußert, dass die CDU-Kreistagsfraktion Personalaufstockungen grundsätzlich eher kritisch gegenüberstehe. Es sei jedoch wichtig, die Energiewende zu beschleunigen. Dies dürfe nicht daran scheitern, dass Genehmigungsverfahren aufgrund von Personalmangel zeitlich verzögert würden. Die CDU-Kreistagsfraktion stimme einer Personalaufstockung daher zu.

Ktabg. Schreiber erklärt, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen das proaktive Handeln begrüße und hoffe, geeignetes Personal zu finden.

Sodann lässt der Vorsitzende Dr. Wenning über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der vorzeitigen Einstellung einer Person mit abgeschlossenem Ingenieurstudium für die Umsetzung der Klimaschutzziele sowie der Änderung der TA Luft noch im Jahr 2022, als Vorgriff auf die Personalplanung für das Jahr 2023, wird zugestimmt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen (20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 10 öffentlicher Teil

SV-10-0586

Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz; Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.05.2022

Ktag. Schreiber bedankt sich bei der Verwaltung für die ausführliche Ausarbeitung.

Dezernent Helmich bittet darum, Anträge nach Möglichkeit früher einzureichen. Die Bearbeitung sei sehr zeitaufwendig. Ktag. Schäfer schließt sich der Bitte an und führt aus, dass die Sitzungsvorlage mangels Vorlage nicht in der FDP-Fraktionssitzung besprochen werden konnte.

Ktag. Schreiber teilt mit, dass man versuchen werde, zukünftige Anträge früher einzureichen.

TOP 11 öffentlicher Teil

SV-10-0589

Entwicklung eines "Zero-Waste"-Konzeptes; Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.05.2022

Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.05.2022 wurde zurückgezogen.

TOP 12 öffentlicher Teil

SV-10-0588

Workspace für Kunststoff-Recycling Projekte; Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.05.2022

Ktag. Schreiber erläutert, dass die Problematik von Plastikmüll weltweit bekannt sei. Es müsse der Ansatz genutzt werden, dass Plastikabfälle recyclebar seien. Die erforderliche technische Grundausstattung für das Recyceln von Kunststoffen stelle jedoch für Privatpersonen eine hohe finanzielle Hürde dar.

Ktag. Schulze Eskin kritisiert, dass durch die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen viele Anträge eingereicht würden, ohne selbst einen Lösungsvorschlag zu machen. Es müsse beachtet werden, dass die Bearbeitung der Anträge sehr aufwendig und die Personalsituation bereits äußerst eng sei.

Sodann lässt der Vorsitzende Dr. Wenning über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Coesfeld beauftragt die WBC zunächst mit der Konzeptentwicklung für den Betrieb eines offenen Workspaces im Sinne des „Precious Plastic-Konzepts“. Dieser Workspace soll Privatpersonen im Kreis Coesfeld ebenso wie Schülergruppen u. ä. niedrigschwellig zur Verfügung stehen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen (21 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 13 öffentlicher Teil

Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates

Öko-Modellregion NRW – Zuschlag für das Münsterland und erste Schritte

Dezernent Helmich teilt mit, dass die Region Münsterland am 25.03.2022 als Zusammenschluss der Münsterlandkreise, der Stadt Münster und dem Münsterland e. V. den Zuschlag in der zweiten Wettbewerbsrunde als Öko-Modellregion Nordrhein-Westfalen erhalten habe. Durch das Land werde somit eine Personalstelle gefördert, welche künftig beim Münsterland e. V. angesiedelt werde. Die förderfähigen Gesamtkosten betragen 300.000 € bei einer Förderquote von 80 Prozent. Die verbleibenden Eigenanteile werden auf die sechs Projektpartner aufgeteilt, sodass der Kreis Coesfeld insgesamt 3.333,34 € pro Jahr als Drittmittel zur Finanzierung des Eigenanteils für die geförderte Personalstelle bereitstelle. Darüber hinaus solle der Empfehlung der Auswahljury gefolgt werden und zusätzliches Personal aus Eigenmitteln durch die Münsterlandkreise und die Stadt Münster für das Öko-Regionalmanagement in Form einer halben Personalstelle (0,5 VZÄ) zur Verfügung gestellt werden. Hierbei sei mit zusätzlichen jährlichen Kosten in Höhe von 8.000 € zu rechnen. Aufgrund der inhaltlichen Zuständigkeit bei der Kreisentwicklung sei vorgesehen, künftig im Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Kreisentwicklung über die Aktivitäten der Öko-Modellregion Münsterland zu berichten.

Machbarkeitsuntersuchung an den Gräften der Burg Vischering

Dezernent Helmich teilt mit, dass nachdem im Sommer vergangenen Jahres verendete Wasservögel an der Außengräfte der Burg Vischering in Lüdinghausen aufgefunden worden seien, die Untere Wasserbehörde des Kreises Coesfeld mit einem externen wasserwirtschaftlichen Gutachter im September 2021 einen Ortstermin durchgeführt und eine Machbarkeitsuntersuchung in Auftrag gegeben habe. Die Untersuchungsergebnisse lägen nunmehr vor. Die Untere Wasserbehörde stehe derzeit in engem Kontakt mit dem Gutachter, um diese zu besprechen. Beabsichtigt sei, die Untersuchungsergebnisse auch mit dem Eigentümer zu erörtern und dann den politischen Gremien mögliche Lösungswege zur Entscheidung vorzulegen. Um dennoch auch in diesem Sommer möglichst rechtzeitig reagieren zu können, überprüfe die Untere Wasserbehörde seit letztem Jahr regelmäßig wöchentlich u. a. den Sauerstoffgehalt der Gräften und der wasserspendenden Stever, da insbesondere die Fischfauna auf drohenden Sauerstoffmangel empfindlich reagiere. Niedriger Sauerstoffgehalt in Verbindung mit hohen Wassertemperaturen begünstige die Entwicklung der Bakterien Clostridium botulinum, die unter anaeroben Bedingungen vorwiegend im Boden / Schlammbereich wüchsen und dabei das hochtoxische Gift „Botulin“ produzierten, welches in den vergangenen Jahren offensichtlich für das Erkranken und Sterben von Wasservögeln auf / an der Gräfte verantwortlich gewesen sei. Die bereits jetzt vorgesehene kurzfristige Maßnahme der gegensteuernden Sauerstoffanreicherung des Wassers („Einsatz von Lüftern“) werde alleine wohl nicht ausreichen, um ein Erkranken und Verenden von Wassergeflügel gänzlich auszuschließen. Das „Belüften“ eines Gewässers betreffe v. a. das Wasser über dem Schlamm, bewirke aber durch dessen Sauerstoffanreicherung doch eine „Verschlechterung“ der Lebensbedingungen des Erregers auch im Schlamm. Zudem dürfte die „Belüftung“ auch für eine höhere Verdunstung und damit ggf. auch eine begrenzte Temperaturabsenkung im Gewässer sorgen. Die Maßnahme „Belüften“ könne daher als erste Sofortmaßnahme zumindest die Lebensbedingungen des Erregers verschlechtern. Mittelfristige Lösungen müssten in den politischen Gremien des Kreises diskutiert werden, um auch die finanziellen Maßnahmen bereitzustellen.

TOP 14 öffentlicher Teil

Anfragen der Ausschussmitglieder

Ausbau von PV-Anlagen auf Betriebsstandorten

Ktabg. Schulze Esking fragt an, ob es bereits erste Ergebnisse bezüglich des Ausbaus von Freiflächen-PV-Anlagen gebe.

Vorsitzender Dr. Wenning teilt mit, dass die Ausführungen zur PV-Offensive für Gewerbedächer in der Sitzung am 02.06.2022 des Ausschusses für Mobilität, Infrastruktur und Kreisentwicklungen erläutert würden. Die dazugehörige Sitzungsvorlage sei bereits im Internet abrufbar (SV-10-0517/1).

Sanierung der Wasserkraft- und Stauanlage Füchtelner Mühle in Olfen

Ktabg. Holz erkundigt sich über den aktuellen Stand der Sanierungsmaßnahmen an der Wasserkraft- und Stauanlage Füchtelner Mühle in Olfen.

MA Bölte erläutert, dass für eine Bestandsaufnahme zur Planung der grundlegenden Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten der Wasserspiegel der Stever an der Stauanlage abgesenkt werden musste. Der Zeitpunkt sei mit der Unteren Wasserbehörde, dem Wasser- und Bodenverband Stever-Lüdinghausen sowie dem Fischereiverein Olfen vorab abgestimmt worden. Im Rahmen der Bestandsaufnahme sei ein erheblicher Schaden am Mittelpfeiler der Stauanlage festgestellt worden. Eine statische Prüfung des Bauwerks ergab, dass die Stautreue vorerst nichtmehr geschlossen werden dürften. Hierdurch ergebe sich ein völlig anderes optisches Bild. Negative Auswirkungen auf das Fließgewässer seien jedoch nicht zu erwarten. Um die Fischdurchgängigkeit wiederherzustellen, baue die Stadt Olfen einen zusätzlichen Steinwall.

Auf Nachfrage von Ktabg. Kiekebusch teilt MA Bölte mit, dass die Sanierung kurzfristig ausgeschrieben werde und im Herbst die ersten Baumaßnahmen beginnen könnten. Die Bauarbeiten nähmen ca. 3 – 4 Monate in Anspruch.

Erfassung von Altpapier

Ktabg. Kullik befürchtet, dass weiterhin noch viel Altpapier in den Restmülltonnen entsorgt werde und fragt an, ob eine Aktion zur getrennten Sammlung von Altpapier durchgeführt werden könne.

MA Bölte teilt mit, dass die Sammelquote von Altpapier aus privaten Haushalten im Kreis Coesfeld bereits sehr hoch sei. Eine derartige Aktion sei nicht sachgerecht. Lediglich im Bereich der gewerblichen Abfälle sei noch eine deutliche Steigerung möglich. Der Kreis Coesfeld als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger habe jedoch hierauf keine Einflussmöglichkeit, da Gewerbebetriebe ihre Abfälle selbst oder über beauftragte Dritte zu den entsprechenden Entsorgungsanlagen transportierten.

Dr. Wenning
Vorsitzender

Pöpping
Schriftführerin